

Fragen

für die Fragestunde der 148. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. März 2020

Verzeichnis der Fragenden

| <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> | <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> |
|---|-----------------------------|--|-----------------------------|
| Akbulut, Gökay (DIE LINKE.) | 3 | Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 52, 53 |
| Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 62, 63 | Kleinwächter, Norbert (AfD) | 14 |
| Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 50 | Kluckert, Daniela (FDP) | 1, 2 |
| Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 25, 26 | Konrad, Carina (FDP) | 30 |
| Brandner, Stephan (AfD) | 6, 7 | Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 40, 64 |
| Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) | 37, 38 | Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 42, 54 |
| Friesen, Anton, Dr. (AfD) | 13, 35 | Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 60, 61 |
| Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 58, 59 | Luksic, Oliver (FDP) | 18 |
| Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 4, 5 | Peterka, Tobias Matthias (AfD) | 16, 17 |
| Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 27, 55 | Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 11, 12 |
| Hänsel, Heike (DIE LINKE.) | 31, 32 | Renner, Martina (DIE LINKE.) | 22, 23 |
| Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.) | 21, 49 | Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 39, 51 |
| Herbst, Torsten (FDP) | 56, 57 | Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 46, 47 |
| Herrmann, Lars (fraktionslos) | 24 | Seitz, Thomas (AfD) | 28, 29 |
| Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 8, 9 | Werner, Katrin (DIE LINKE.) | 43, 44 |
| Huber, Johannes (AfD) | 36, 48 | Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) | 41, 45 |
| Hunko, Andrej (DIE LINKE.) | 33, 34 | | |
| Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) | 19, 20 | | |
| Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 10, 15 | | |

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

| | <i>Seite</i> |
|---|--------------|
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | 4 |
| Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes | 5 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen | 5 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat | 6 |
| Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes | 9 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie | 12 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales | 13 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft | 13 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 14 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit | 14 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur | 15 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit | 17 |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek aus den Zahlen des D21-Digital-Index 2019/2020, die belegen, dass insbesondere Menschen mit niedrigerer Bildung und ältere Menschen sowie Frauen einen geringeren Digitalisierungsgrad vorweisen (https://initiatived21.de/app/uploads/2020/02/d21_index2019_2020.pdf, S. 35 bis 41)?
2. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)

Wie ordnet die Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek die Verschiebung des Beschlusses der „Nationalen Wasserstoffstrategie“ ein, welche bereits Ende des Jahres 2019 verabschiedet werden sollte (www.energate-messenger.de/news/198407/wasserstoffstrategie-verzoegert-sich) und erst wieder in den kommenden Wochen im Bundeskabinett debattiert werden soll (www.spiegel.de/wirtschaft/wasserstoff-bundesregierung-streitet-ueber-nationale-strategie-a-2f761182-bcf4-4be3-86f0-c2aa75c123f9/)?
3. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung im Zuge der Diskussionen über den bürokratischen Aufwand der Anerkennungsverfahren für Fachkräfte aus Drittstaaten, die Verfahren zu vereinheitlichen und zu vereinfachen – Stichwort deutsche Ausbildungsstandards – sowie die Kosten für Gebühren, Übersetzungen, Gutachten zu verringern oder gar zu ändern, und wenn ja, inwiefern?
4. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Gender Pay Gap in der Wissenschaft (differenziert nach Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Ressortforschungseinrichtungen der Bundesministerien) – der Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern lag in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 unbereinigt bei 21 Prozent –, und welche Maßnahmen sind aus Sicht der Bundesregierung zu ergreifen, um den Gender Pay Gap in der Wissenschaft zu beseitigen?
5. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung den Befund, dass anders als im Bereich der Privatwirtschaft für den Gender Pay Gap in der Wissenschaft im deutschsprachigen Raum bis auf kleinere und regionale Untersuchungen keine umfangreichen wissenschaftlichen Studien vorliegen (siehe z. B. „Gender-Report 2019 – Geschlechter(un)gerechtigkeit an nordrhein-westfälischen Hochschulen), und in-

wiefern beabsichtigt die Bundesregierung auch in Zusammenarbeit mit den Ländern den Gender Pay Gap in den einzelnen Bereichen der Wissenschaft intensiver und mit einem bundesweit vergleichbaren Forschungsdesign zu untersuchen?

6. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- In welcher Höhe fördert die Bundesregierung im aktuellen Jahr den Bereich der sogenannten „Genderforschung“ (www.bmbf.de/de/genderforschung-g-222.html), und inwiefern konnte durch diesen Forschungsbereich die Gleichstellung von Frauen in Deutschland befördert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

7. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie hoch waren die jährlichen Gesamtsummen an Entwicklungshilfe, die von Deutschland an die Länder Afrikas innerhalb der vergangenen zehn Jahre erbracht wurden (bitte nach Jahresscheiben aufschlüsseln)?
8. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchem Zeithorizont sollen die Maßnahmen und Umstrukturierungen von der „BMZ 2030“ (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/sMaterialie485_bmz_2030.pdf) umgesetzt werden, und welche Umsetzungsschritte laufen schon?
9. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Abstimmungsrunden mit Politik und internationalen Organisationen wurde „BMZ 2030“ abgesprochen, und inwieweit wurden andere Geberländer in den Prozess involviert?
10. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen entwicklungspolitischen Gründen soll Algerien Partnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden (wie der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages am 12. Februar 2020 ankündigte), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Berichten, nach denen Algerien Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten in der Wüste aussetzt (www.welt.de/politik/ausland/article178184444/Abgewiesene-Migranten-Sie-haben-uns-in-die-Wueste-geworfen-ohne-Telefone-ohne-Geld.html)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

11. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche der Forderungen der zum Gespräch am Montag, dem 2. März 2020 vor dem 11. Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt geladenen Organisationen wird die Bundesregierung prüfen, und welche hat sie bereits zugesagt auf den Weg zu bringen?
12. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche der zwölf Forderungen der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen, welche diese in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 27. Februar 2020 gerichtet haben, plant die Bundesregierung umzusetzen, und wie sollen die Vertreterinnen und Vertreter der Migrantenorganisationen bei der Umsetzung eingebunden werden?
13. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Welche Veranstaltungen der Bundesregierung in Thüringen, beziehungsweise nach Kenntnis der Bundesregierung Veranstaltungen, die mit Beteiligung der Bundesregierung in Thüringen durchgeführt werden, wurden nach der am 5. Februar 2020 erfolgten Wahl des Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen mit welcher Begründung abgesagt (www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_87285448/wahl-eklat-in-thueringen-ramelow-zitiert-hitler-vehemente-forderungen-nach-neuwahlen.html)?
14. Abgeordneter
Norbert Kleinwächter
(AfD)
- Inwiefern ist nach Auffassung der Bundesregierung die am 6. Februar 2020 während eines offiziellen Staatsbesuchs erfolgte Aufforderung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die demokratische Wahl des Ministerpräsidenten von Thüringen am 5. Februar 2020 rückgängig zu machen, mit der ihr durch die Verfassung zugeschriebenen Kompetenz vereinbar?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

15. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus aktuellen Presseberichten zur Solvenz des Libanon (www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/anleihen/staat-in-der-krise-libanon-zahlt-staatsanleihe-moeglicherweise-nicht-zurueck/25543912.html?ticket=ST-2614306-7fNdmgqcJZAQ3f2RDbJ)?

F-ap6), und in welcher Höhe gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Kredite und Forderungen mit Beteiligung des Bundes und seiner Institutionen gegenüber dem Libanon?

16. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Plant die Bundesregierung die Einrichtung eines sogenannten „Bürgerfonds“, dessen Erträge genutzt werden, um die Altersvorsorge zu ergänzen, und wenn ja, sieht die Bundesregierung vor, dessen Summe durch Einzahlungen in Form von Haushaltsüberschüssen zu mehren (2019: etwa 13,5 Mrd. Euro; vgl. nur Süddeutsche Zeitung vom 23. August 2019, <https://sueddeutsche.de/wirtschaft/buergerfonds-staatsfonds-habeck-1.4573488> und Zeit Online vom 13. Januar 2020 <<https://zeit.de/politik/deutschland/2020-01/bundeshaushalt-bundesregierung-ueberschuss-geldpolitik>> jeweils zul. abg. am 27. Februar 2020)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

17. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Stellt die Bundesregierung in Anbetracht der aktuellen Akutisierung der Lage in Mitteleuropa hinsichtlich der um sich greifenden Erkrankung COVID-19 („Coronavirus“) Überlegungen an, das Schengener Abkommen auszusetzen oder einstweilen einzuschränken, um geeignete Maßnahmen zur Abwehr des Virus zu treffen (vgl. nur Zeit Online vom 27. Februar 2020, <<https://zeit.de/wissen/gesundheit/2020-02/coronavirus-covid-19-ausbreitung-entwicklung-blog>>, zuletzt abgeändert am 27. Februar 2020)?
18. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche konkreten Notfallpläne hat die Bundesregierung für den Bahn- und Luftverkehr im Falle von Epidemien wie dem Coronavirus, und welche Institutionen bzw. Behörden haben in diesem Zusammenhang aktuell Handlungsvollmachten, um beispielsweise Fahrten zu unterbrechen und über die Fortsetzung von Verkehren zu bestimmen?
19. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung in Anbetracht der Ausbreitung des Corona-Virus neben der vorübergehenden Aussetzung von Dublin-Überstellungen nach Italien auch die Aussetzung von Abschiebungen bzw. Überstellungen in andere Länder (www.bild.de/politik/inland/politik-inland/coronavirus-wegen-der-situation-in-italien-werden-abschiebungen-ausgesetzt-69071404.bild.html, bitte

nach betreffenden Zielländern aufschlüsseln), und inwieweit gibt es bei der Bundesregierung Überlegungen oder Planungen dazu, auch Dublin-Überstellungen aus anderen EU-Staaten nach Deutschland bzw. Familienzusammenführungen im Rahmen der Dublin-Verordnung auszusetzen?

20. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Warum fehlen im Zweiten Bericht zu der Überprüfung der Voraussetzungen zur Einstufung der in Anlage II zum Asylgesetz bezeichneten sicheren Herkunftsstaaten Angaben zu Schutzgewährungen durch die Verwaltungsgerichte (Bundestagsdrucksache 19/16465; nur die Zahl anhängiger Klageverfahren wird dort genannt, z. B. S. 36), im Gegensatz zum ersten gleichnamigen Bericht (vgl. Bundestagsdrucksache 19/299, z. B. S. 36), vor dem Hintergrund, dass aus meiner Sicht Schutzgewährungen durch die Gerichte eine vergleichbare Indizwirkung hinsichtlich der Beurteilung der Lage in den jeweiligen Herkunftsländern haben wie Schutzgewährungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (bitte begründet ausführen, auch inwieweit diese Veränderung eine bewusste Entscheidung war), und wie lauten diese Angaben zu durch Verwaltungsgerichte gewährten Schutzstatus bei Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsstaaten für den maßgeblichen Berichtszeitraum (bitte differenziert darstellen)?

21. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Welche Ziele sollen nach Auffassung der Bundesregierung mit dem am 7. Dezember 2019 vom Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes e. V. angekündigten (www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2019/12/dosb-mitgliederversammlung.html) dritten Goldenen Plan für den Sport erreicht werden, und welche inhaltlichen sowie zeitlichen Vorstellungen gibt es derzeit zur Erarbeitung, Inkraftsetzung und Umsetzung dieses Plans?

22. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

In wie vielen Fällen und zu welchen Zwecken hat das Bundeskriminalamt auf Grundlage von § 40 Absatz 4 des Waffengesetzes seit 2015 jeweils jährlich Ausnahmegenehmigungen für vollautomatische Schusswaffen an Privatpersonen erteilt?

23. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Inwiefern sind die Äußerungen des ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, H.-G. M. (u. a. <https://twitter.com/HGMaassen/status/1221786413412253696>; www.tagesspiegel.de/berlin/provokation-mit-neuem-westfernsehen-tweet-maassen-postet-hetz-bericht-von-rechts)

radikalem-medium/24592608.html) aus Sicht der Bundesregierung als vormaligem Dienstherrn mit den Grundsätzen der Bindung an Recht und Gesetz, Neutralität und Unabhängigkeit (§ 60 des Bundesbeamtengesetzes, § 33 des Beamtenstatusgesetzes) in Einklang zu bringen?

24. Abgeordneter
Lars Herrmann
(fraktionslos)

Warum werden bei Beamten der Bundespolizei die Pausenzeiten im Urlaubs- bzw. Krankheitsfall nicht angerechnet, auch wenn diese die Voraussetzungen nach § 5 Absatz 2 Nummer 1 der Arbeitszeitverordnung (AZV) erfüllen (www.facebook.com/173415666027913/posts/2747390701963717/), und wie wird man im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat mit entsprechenden Anträgen von Bundespolizeibeamten auf Zeitgutschrift bei Abzug der Pausenzeiten in der o. a. geschilderten Fallkonstellation umgehen?

25. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Anzahl an Stunden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat aufgewandt, um auf Anfrage Argumentationshilfen zu liefern, weshalb der Berliner Mietendeckel angeblich verfassungswidrig sei, und trifft die Meldung zu (<https://fragdenstaat.de/blog/2020/02/18/mietendeckel-berlin-gutachten/>), dass dies auf Veranlassung von Berliner CDU-Landespolitikern geschehen ist?

26. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen ziehen nach den rassistischen Vorkommnissen der letzten Monate die Bundesministerien – vor allem das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und des Bundesministeriums der Verteidigung nebst nachgeordneten Bereichen etwa von Bundespolizei, Bundeswehr und dem Bundesamt für Verfassungsschutz – hinsichtlich der nötigen und angekündigten Überprüfungen ihres Personals auf rechtsextreme beziehungsweise rassistische Gesinnung oder Betätigung auch daraus, dass der Hammer Polizeipräsident kürzlich einräumen musste, dass zahlreiche Indizien für rechte Gesinnung bei drei dortigen Mitarbeitern jahrelang zuvor verkannt worden seien (u. a. ein Mitglied der rechtsextremen Terrorzelle „Werner S.“ www.spiegel.de/panorama/justiz/polizei-hamm-verdaechtigt-zwei-weitere-mitarbeiter-rechter-gesinnung-a-a7b4427f-a70a-4c8b-9ff5-6181bdc54e28), und wie werden die Bundesministerien ihre entsprechende Prüf- und Sanktionspraxis aufmerksamer sowie strikter als bisher ausgestalten, einschließlich Hinweisen an die Waffenerlaubnisbehörden wegen Nichtteignung von Waffenträgern?

27. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Gewalttaten und sexualisierte Übergriffe fanden nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2019 (wenn Zahlen von 2019 noch nicht vollständig vorliegen, bitte von 2018) in öffentlichen Verkehrsmitteln (inklusive deren Haltestellenbereichen), in Autos (inklusive Parkplätzen und im öffentlichen Straßenland; z. B. gegenüber Fußgängerinnen und Fußgängern, Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer) statt (bitte nach o. g. Deliktart und Geschlecht der Gewaltausübenden bzw. derer, die Gewalt ausgesetzt waren aufschlüsseln)?
28. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Wie viele Mitglieder der Partei Alternative für Deutschland (AfD) rechnet das Bundesamt für Verfassungsschutz der von ihm angenommenen „Teilorganisation“ der AfD „Der Flügel“ zu, und nach welchen Kriterien erfolgt die Zuordnung zum „Flügel“ (bitte sämtliche Kriterien nach absteigender Relevanz aufschlüsseln)?
29. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Wie viele Mitglieder des Deutschen Bundestages und wie viele Abgeordnete von Landesparlamenten ordnet das Bundesamt für Verfassungsschutz der von ihm angenommenen „Teilorganisation“ der AfD „Der Flügel“ zu?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

30. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Welche Forderungen – für Deutschland – stellte die Bundesregierung am 21. Februar 2020 bei den Verhandlungen der Mitgliedstaaten über den mehrjährigen Finanzrahmen hinsichtlich der finanziellen Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (Agra-Europe-Meldung vom 21. Februar 2020: „Noch keine Einigung über Agrarhaushalt“; www.agra.de/premiumbereich/nachrichten/noch-keine-einigung-ueber-agrarhaushalt.html)?
31. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wurde die Bundesregierung über Todesflüge und Folter während der Diktaturen in Chile und Argentinien informiert (www.zdf.de/politik/frontal-21/operation-rubikon-100.html#xtor=CS5-92), und wenn ja, wann, und auf welche Weise?
32. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Auf welche Weise kann Deutschland als Finanzmittelgeber für die Umsetzung des Friedensabkommens zwischen kolumbianischem Staat und der ehemaligen Guerilla der FARC (www.giz.de/de/downloads/giz2018-DE-Friedensabkommen-Ko

lumbien.pdf) und größter Handelspartner Kolumbiens mit einem Handelsvolumen von 2,35 Mrd. Euro (2017) in der EU im Rahmen des seit 2013 bestehenden Freihandelsabkommens (www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/kolumbien-node/bilateral/201522) einwirken, dass Berichten zufolge die Ermordung sozialer Aktivistinnen/Aktivisten und Menschenrechtsverteidigerinnen/-verteidiger sowie Indigene Gemeindemitglieder Ex-FARC-Kämpferinnen/-Kämpfer (www.indepaz.org.co/wp-content/uploads/2019/07/Informe-parcial-Julio-26-2019.pdf) beendet wird, bzw. erachtet es die Bundesregierung als notwendig im Rahmen des Freihandelsabkommens EU-Kolumbien die Suspendierungsklausel („Menschenrechtsklausel“) aufgrund der Berichte zufolge auch im Jahr 2020 anhaltenden Menschenrechtsverletzungen (www.indepaz.org.co/paz-al-liderazgo-social/) operativ zur Anwendung zu bringen?

33. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Gründe dafür, dass die sogenannte Küstenwache in Libyen seit Anfang des Jahres 2020 praktisch nicht mehr funktionsfähig ist („Secret migration deal in tatters as Libya orders coast guard to stop missions“, timesofmalta.com vom 24. Februar 2020), und wer soll aus ihrer Sicht die Menschen im Mittelmeer retten, die weiterhin Schutz in Europa suchen, eine Überfahrt wagen und dabei womöglich in der libyschen Seenotrettungszone in Seenot geraten?

34. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Probleme ergeben sich aus Sicht der Bundesregierung daraus, wenn die Türkei und Frankreich im Rahmen des neuen, von der Bundesregierung mitgetragenen Mandates der NATO-Mission SEA GUARDIAN die laut Presseberichten vorliegenden Unregelmäßigkeiten in Bezug auf das Waffenembargo für Libyen aufdecken und verfolgen sollen („Why do EU arms end up in Libya despite UN ban?“, euobserver.com vom 24. Januar 2020; „International Schemes, Libyan Realities“, Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2019; „Libya civil war: Macron accuses Erdogan of meddling in conflict“, www.bbc.com vom 29. Januar 2020, „Libya asks France to explain how its arms reached Haftar forces“, www.aljazeera.com vom 12. Juli 2019), und ist sie gewillt, wegen der genannten Unregelmäßigkeiten EU-Sanktionen gegen die beiden Staaten anzuregen oder mitzutragen?

35. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)

Gedenkt die Bundesregierung an die Türkei heranzutreten, um darauf hinzuwirken, dass diese die visafreie Einreise von Bürgern der Demokrati-

schen Republik Kongo nicht mehr gestattet, da nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (<https://data2.unhcr.org/en/documents/download/74139>) 6 Prozent der auf den griechischen Inseln eingetroffenen Migranten aus dem Kongo kommen?

36. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)

Welche politischen Schritte unternimmt die Bundesregierung, nachdem die Türkei ihre Grenzen (www.merkur.de/politik/tuerkei-idlib-syrien-soldaten-tote-luftangriff-russland-militaer-erdogan-zr-13562519.html) nach Europa nicht länger für Flüchtlinge schließen wird – ein ranghoher Regierungsvertreter bestätigte am 28. Februar 2020 der Nachrichtenagentur AFP die Grenzöffnung zu Griechenland und Bulgarien – und sich damit offenbar nicht länger an ihre vertraglichen Verpflichtungen aus dem EU-Türkei-Abkommen vom 16. März 2016 gebunden fühlt (https://de.wikipedia.org/wiki/EU-T%C3%BCrkei-Abkommen_vom_18._M%C3%A4rz_2016), und wird die Bundesregierung weitere Zahlungen im Rahmen dieses oder eines neu ausgehandelten Abkommens leisten, um den bisherigen Effekt des Abkommens beibehalten zu können?

37. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Steht nach Auffassung der Bundesregierung der jüngste Einmarsch der Türkei in den Norden Syriens im Rahmen der sogenannten „Operation Friedensquelle“ im Widerspruch zum Völkerrecht, nicht zuletzt, weil diese sich nach meiner Auffassung zu Unrecht auf das Selbstverteidigungsrecht der Türkei beruft, so dass die militärischen Handlungen der türkischen Armee zusammen mit islamistischen Terrorgruppen wie Hayat Tahrir al-Sham (dpa vom 27. Februar 2020), Furqat Sultan Murad, Ahrar al Sharqiya, Failaq al Sham etc. in Syrien (Bundestagsdrucksache 19/17001 Antwort der Bundesregierung zu Frage 25 f. der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE.) völkerrechtswidrig sind (WD 2 – 3000 – 116/19, S. 12), und sind nach Auffassung der Bundesregierung die syrischen Militäroperationen völkerrechtskonforme Verteidigungshandlungen gegen eine völkerrechtswidrige Aggression der Türkei (WD 2 – 3000 – 116/19, S. 14)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Trifft es nach Auffassung der Bundesregierung zu, dass Anlage 2 zum „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich“ alle Rüstungsgüter, die nach deutschem Verständnis Kriegswaffen im Sinne des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KrWaffKontrG) darstellen, von der Anwendung der De-minimis-Regelung pauschal ausnimmt, so dass sich der De-minimis-Grundsatz im Ergebnis allein auf jene Rüstungsgüter bezieht, die nach deutschem Verständnis nicht in die Rubrik der Kriegswaffen im Sinne des KRWaffKontrG fallen und somit die Anwendung der Verfahrens- und Ermessensregeln des KrWaffKontrG auf den De-minimis-Grundsatz praktisch ausfallen (Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages WD 2 – 3000 – 122/19), und kann die Bundesregierung ausschließen, dass der De-minimis-Grundsatz nach dem „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich“ auf Güter des KrWaffKontrG (z. B. Güter für die § 6 KrWaffKontrG eine eigene Ermessensentscheidung und Güter, für die § 6 Absatz 3 KrWaffKontrG eine Ermessensreduzierung auf Null vorsieht) Anwendung findet (https://dynamic.faz.net/download/2020/Frieden_Studie_Rechtsfragen%20des%20deutsch-franz_02_2020.pdf, S. 37)?
39. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe wurden Kriegswaffen durch die Unternehmen KMW+NEXTER Defense Systems N.V. und Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG in den vergangenen drei Jahren exportiert (bitte nach Lieferung in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Staaten, Drittstaaten sowie in Entwicklungsländer aufschlüsseln), und für welche dieser Exporte war keine Zustimmung der Bundesregierung erforderlich?
40. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau (Kalenderdatum) wurde/n vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die Exportgenehmigung/en gemäß EU-Dual-Use-Verordnung erteilt für die am 15. Mai 2019 vom Urananreicherungskonzern Urenco wieder aufgenommenen Exporte abgereicherten Urans von Deutschland nach Russland (vgl. Tabelle auf S. 14 auf Bundestagsdrucksache 19/14454 in Verbindung mit der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 58 auf Bundestagsdruck-

sache 19/15250), und insgesamt wie viele Tonnen abgereicherten Urans hat der Urananreicherungskonzern Urenco seit 15. Mai 2019 bis dato bereits von Deutschland nach Russland exportiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

41. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit jeweils das jährliche und das monatliche Medianentgelt aller Beschäftigten und der Beschäftigten in den nach der Klassifikation der Berufe 2010 bestimmten Berufsgruppen 84404 (Berufe in der Erwachsenenbildung (ohne Spezialisierung) – hoch komplexe Tätigkeiten) und 84454 ((Fremd-)Sprachenlehrer/innen – hoch komplexe Tätigkeiten), und wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit im Mittel die jährlichen Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit aller Freiberuflerinnen/Freiberufler sowie der Freiberuflerinnen/Freiberufler mit Lehrtätigkeit in der Erwachsenenbildung (bitte Brutto definieren)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

42. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bedarf die laut Referentenentwurf des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für eine Verordnung zur Änderung der Düngeverordnung und anderer Vorschriften geplante Verwaltungsvorschrift zur Festlegung bundeseinheitlicher Kriterien zur Ausweisung roter Gebiete nach Auffassung der Bundesregierung der Zustimmung des Bundesrates und/oder des Bundestages, und beginnt die Halbjahresfrist, die den Ländern zur Ausweisung bzw. Anpassung der Gebiete zur Verfügung steht, ab Inkrafttreten der novellierten Düngeverordnung oder ab Inkrafttreten der Verwaltungsvorschrift?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

43. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Eltern und wie viel Prozent der Elterngeldbeziehenden werden nach Kenntnis der Bundesregierung durch die geplante Erhöhung der während des Elterngeldbezugs zulässigen Arbeitszeit profitieren (www.bmfsfj.de/blob/147816/6cb9735e3ae82e9edac6c6470947bca4/neuer-inhalt-data.pdf)?
44. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Eltern und wie viel Prozent der Elterngeldbeziehenden werden nach Kenntnis der Bundesregierung durch die geplante Flexibilisierung des Partnerschaftsbonus profitieren (vgl. ebd.)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

45. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Auf welche Summen beliefen sich nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2019 die Finanzreserve der sozialen Pflegeversicherung absolut und in Monatsausgaben und nach Kenntnis der Bundesregierung die Rückstellungen der privaten Pflegeversicherung?
46. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche personellen Mehrbedarfe sieht die Bundesregierung in der Gesamtheit der stationären Pflegeeinrichtungen in Deutschland, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Mehrkosten, die aus dem höheren Personaleinsatz resultieren?
47. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob niederländische Versandapotheken von deutschen oder niederländischen Behörden überwacht werden, und wenn nein, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung unternehmen, um angesichts der meiner Auffassung nach großen Bedeutung für die Arzneimittelsicherheit, Kenntnis darüber zu erlangen?
48. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zum Schutze der Bevölkerung vor dem sich nun auch in Europa rasant ausbreitenden Coronavirus (www.tagesschau.de/ausland/coronavirus-italien-121.html und www.merkur.de/welt/coronavirus-italien-teneriffa-hotel-sars-cov-2-spanien-europa-to)?

desfall-wuhan-china-tourist-zr-13554783.html), und welche wirksamen Strukturen – ähnlich den chinesischen und den italienischen – werden geschaffen, um in gut abgestimmter Weise mit den deutschen Nachbarländern auf diesen Ausbruch zu reagieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

49. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung mit der Förderung der Computerspielebranche über das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) in Höhe von 250.000.000 Euro (www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Computerspielefoerderung/computerspielefoerderung.html) einschließlich solcher Computerspiele wie „Bomb Bots Arena“ (Ein Spiel, in dem „Spieler entweder Offline oder Online gegeneinander antreten. Dabei schlüpfen sie in die Rolle der Bomb Bots, Roboter, die zum sportlichen Wettkampf in die Arena steigen und sich dort mit Bomben duellieren.“) oder „Prod-Orbital-Bullet“ („Schlüpf in die Rolle eines Kopfgeldjägers, der zu Beginn Opfer eines Verrates wird. Kämpfe dich von ganz unten wieder an die Spitze, um den Titel des meist gefürchtetsten Kopfgeldjägers zu erhalten.“), und welche der bisher vom Bund geförderten Projekte sind dem „eSport“ zuzurechnen?
50. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Status hinsichtlich Entscheidung und Umsetzung befinden sich die bisher eingereichten Projektanträge für das Bundesprogramm „Blaues Band“, und wie ist der Inhalt bzw. Stand der Abstimmungsprozesse zwischen der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSA Eberswalde) und brandenburgischen Umweltverbänden hinsichtlich eines Pilotprojektes zur Renaturierung der Oder?
51. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von der Zahl der in Betrieb befindlichen für Rollstuhlfahrer barrierefrei zugänglichen Taxifahrzeuge in Deutschland, und hält die Bundesregierung die Zahl der rollstuhlgeeigneten Taxifahrzeuge für ausreichend?

52. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Anzahl der Fahrräder (Fahrräder, Lastenräder und Pedelecs/E-Bikes), die von Beschäftigten des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur und seiner nachgeordneten Behörden zur Erledigung dienstlicher Termine genutzt werden können, zwischen 2018 und 2020 (Stand: 27. Februar 2020) entwickelt (bitte jahresheibengenau aufschlüsseln)?
53. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Kilometer Radwege an Bundesfernstraßen in Niedersachsen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung 2019 neu gebaut?
54. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird das 50-Millionen-Euro-Förderprogramm für die private Ladeinfrastruktur im Jahr 2020, welches im letzten Jahr im Rahmen des Masterplanes Ladeinfrastruktur auf S. 12 angekündigt wird (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/G/masterplan-ladeinfrastruktur.pdf?__blob=publicationFile), veröffentlicht, und wurde der Entwurf des Förderprogrammes bereits den Bundesländern zugeleitet?
55. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung im Rahmen ihrer Kompetenzen der konkurrierenden Gesetzgebung einen bundeseinheitlichen Gesetzesrahmen, der es Städten und Kommunen erleichtert, eine City-Maut zu erheben, wie das im Gutachten der Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages (WD 3 – 288/12, S. 11) ausgeführt wird, und wenn nein, warum nicht?
56. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass die Mobilfunkbetreiber gemäß der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/17189 nicht ihrer Verpflichtung nachgekommen sind, bis zum 31. Dezember 2019 eine vollständige Mobilfunkabdeckung an den Hauptverkehrswegen (Autobahnen und ICE-Trassen) zu gewährleisten, und welche Sanktionsmöglichkeiten stehen der Bundesnetzagentur aufgrund der Nichterfüllung darüber hinaus zur Verfügung?
57. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie hat sich die Anzahl der Halte von internationalen Fernverkehrszügen, bei denen mindestens der Start- oder Zielbahnhof nicht in Deutschland lag, an den Fernbahnhöfen in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in den vergangenen neun Jahren entwickelt (bitte nach Jahren und Ländern aufschlüsseln)?

58. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Infrastruktur der bundeseigenen Schienenwege ist im Jahr 2019 stillgelegt worden (bitte Streckenkilometer und Anzahl von Gleisanschlüssen angeben), und wie viel Kilometer Bundesfernstraßen sind 2019 fertiggestellt worden (bitte nach Neubau Bundesautobahnen, Neubau Bundesstraßen, zusätzliche Fahrstreifen auf Bundesautobahnen und zusätzliche Fahrstreifen auf Bundesstraßen differenzieren)?
59. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Mittel für Planung und Bau wurden bis Ende des Jahres 2019 (wenn dieser Wert noch nicht verfügbar ist, bitte den zuletzt verfügbaren Wert angeben) für das Projekt „Stuttgart 21“ in Anspruch genommen?
60. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (Bundesminister, Staatssekretäre, Parlamentarische Staatssekretäre) haben seit 2018 für die gesamte Dauer an den jeweiligen Ratssitzungen der EU-Verkehrsminister teilgenommen, und welche Gründe gab es jeweils für den Fall, dass der Bundesminister nicht persönlich bzw. nicht für die gesamte Dauer anwesend war (bitte einzeln auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

61. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern unterstützt die Bundesregierung den Plan der EU-Kommission, im Rahmen des European Green Deals bereits im Juni 2021 und somit noch vor der in der Verordnung (EU) 2019/631 vorgesehenen Überprüfung im Jahr 2023 einen Vorschlag für die Überarbeitung der europäischen CO₂-Reduktionsziele für neue Pkw und neue leichte Nutzfahrzeuge vorzulegen, und inwiefern handelt es sich bei dem Plädoyer des Bundesministers für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier, an den Regelungen „aus Gründen der Planungssicherheit bis 2030 keine weiteren Änderungen vor[zun]ehmen“ (www.zeit.de/wirtschaft/2020-02/green-deal-peter-altmaier-autoindustrie-abgasregeln-klimaschutz) auch um die Festlegung der Bundesregierung, dass weiterhin keine synthetischen oder andere alternativen Kraftstoffe auf die Reduktionsziele angerechnet werden sollen?

62. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung die Beschlüsse aus dem Vermittlungsausschuss, insbesondere den angepassten CO₂-Preis (Brennstoffemissionshandelsgesetz), dem Deutschen Bundestag zur Beschlussfassung spätestens vorzulegen?
63. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann plant die Bundesregierung den im Klimaschutzgesetz festgeschriebenen Expertenrat spätestens einzusetzen, sodass dieser seine Arbeit aufnehmen kann?
64. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen ausländischen Atomkraftwerken, die weniger als 200 km vom Bundesgebiet entfernt liegen, sind nach Kenntnis der Bundesregierung die sogenannten Einhängeproben im Reaktor-druckbehälter (RDB) aus demselben Material wie der RDB, mit denen Werkstoffuntersuchungen im Zusammenhang mit der RDB-Alterung vorgenommen werden, bereits vollständig aufgebraucht (falls möglich, bitte mit zeitlicher Angabe)?

